

HILTRUP



Dezember '87

heute und morgen

Endstation

oder nicht

Wenn es nach dem Willen der CDU ginge, soll die Entwicklung des Hiltruper Bahnhofsviertels - eines städtebaulich empfindlichen Bereiches im südlichen Teil Münsters - weiterhin dem Zufall überlassen bleiben. Jeder Hiltruper sieht mit Sorge, wie dieses ehemals zentrale und mit Leben erfüllte Viertel allmählich dem Verfall preisgegeben wird. Jedem ist klar: wenn nicht bald etwas geschieht, droht dieser Bereich zum Hinterhof Hiltrups abzufallen.

Dies war im letzten Jahr für die Hiltruper Sozialdemokraten Grund genug, einen Antrag auf Ausschreibung eines städtebaulichen Ideenwettbewerbs in der Hiltruper Bezirksvertretung zu stellen.

Seinerzeit lehnte die CDU diesen Antrag ab. Zwischenzeitlich verschärfte sich die Situation: weitere Häuser wurden abgerissen, Grünflächen in Parkplätze umgewandelt.

Die SPD erneuerte daraufhin ihren Vorstoß und beantragte, für den Haushalt 1988 einen ausreichenden Betrag für ei-

nen Planungswettbewerb bereitzustellen. Die Hiltruper CDU stimmte diesmal zu, reduzierte allerdings den geforderten Betrag. Immerhin, das Problem war ihr inzwischen auch deutlich geworden.

Der SPD-Antrag wurde jetzt auf die Reise durch die Ratsgremien geschickt. Nächste Station war der Umweltausschuß des Rates: mehrheitliche Zustimmung. Dann am 10. November 1987: Planungsausschuß.

Diesen Tag sollten die Hiltruper sich merken: CDU und FDP schmettern den Antrag ab! Im Hiltruper Bahnhofsviertel kann nach deren Auffassung wohl alles beim alten bleiben. Detail am Rande: Der Hiltruper CDU-Ratsherr Quante zog sich unruhlich aus der Affäre - er votierte weder dafür noch dagegen, er enthielt sich in dieser für Hiltrup außerordentlich wichtigen Frage der Stimme!

Wie gesagt: nach dem ausdrücklichen Willen der CDU kann das Bahnhofsviertel weiterhin verfallen - planende Voraussicht ist nicht gefragt.

Die Hiltruper Sozialdemokraten sehen dies anders:

- sofortige Veränderungssperre!
- keine weiteren Abrisse mehr!
- Ideenwettbewerb unter den Stichworten: Aufwerten des Bahnhofs!
- Kleingewerbe, Gastronomie und Wohnen!

Das Bahnhofsviertel hat es verdient, wieder zu einem lebendigen Bereich Hiltrups zu werden - das ist nicht umsonst zu haben, deshalb sind die erforderlichen Mittel für den Haushalt 1988 bereitzustellen.
Fritz Rolf Baur

Lesen Sie unseren ergänzenden Kurzbeitrag "Neue Ideen aus der Verwaltung?" auf Seite 5

Seit 1959 ist sie in Hilstrup wohnhaft; sie ist evangelisch, verheiratet mit Felix Eckardt, mit dem sie zwei Kinder hat, die mittlerweile erwachsen sind. Vor sechs Jahren hat sie sich als Kauf-frau selbständig gemacht.

In der SPD ist sie seit 1968. Gleich in diesem Jahr übernahm sie die verantwortungsvolle Aufgabe als Kassiererin. Und schon drei Jahre später wählten sie die Hilstruper Sozialdemokraten zur stellvertretenden Ortsvorsitzenden. Seitdem wurde ihr immer wieder das Vertrauen ausgesprochen! Seit einigen Monaten ist sie Vorsitzende der Kontrollkommission im Unterbezirk Münster.

Ihr soziales Engagement zeigt sich in 13-jähriger ehrenamtlicher Tätigkeit beim Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer, 7-jähriger Tätigkeit als Schöffin am Landgericht, 4-jähriger Wahrnehmung des Amtes als ehrenamtliche Richter am Verwaltungsgericht, und nicht nur dort...

Schon Anfang der 70-er Jahre gilt ihre Sorge gerade auch der Frau in Gesellschaft und Politik. Entsprechend engagiert sie sich auf verschiedenen Ebenen bei der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF).



Christiane Eckardt

Seit der letzten Kommunalwahl ist Christiane Eckardt stellvertretende Bezirksvorsteherin in der Bezirksvertretung Münster-Hilstrup.

Bleibt da noch Zeit für Freizeitbeschäftigungen? "Naja, ich lese gern. Dafür finde ich immer noch ein wenig Zeit." Isabel Allendes Buch "Das Geisterhaus" hat sie zuletzt gelesen. Als Lieblingsautor nennt sie Hermann Hesse. Sie hört auch gern Musik. Zum Klavierspielen kommt sie (bedauernd) nicht mehr. Leidenschaftlich gern backt sie Kuchen. Selbstverständlich hat sie für ihren Hund "Tobi" auch Freizeit eingeplant.

"Termin unbedingt freigehalten!" heißt es für sie, wenn der bundesweit organisierte Literaturkreis "Frau + Gesellschaft" ein Treffen angesetzt hat.

Nicht unerwähnt darf ihre Reiselust bleiben. Und von einer bestimmten Reise träumt sie: "Einmal möchte ich den Highway No. 1 in Amerika über die ganze Länge befahren." Zur Zeit ist zu viel zu tun...

Viel Glück bei allem! Jürgen Schraeder

CDU:

Doch keine Spielplätze

Das Studium des städtischen Haushaltsplans offenbart jedesmal eine lange Liste von öffentlichen Einrichtungen, für die zwar Baurecht geschaffen wurde, auf die die Einwohner auch einen Anspruch haben, deren Verwirklichung aber von Jahr zu Jahr immer wieder verschoben wird. Dies trifft vor allem auf öffentliche Kinderspiel- und Bolzplätze zu. Allein im Stadtbezirk Hilstrup dürften nach geltendem Baurecht wenigstens noch zehn solcher Anlagen zu schaffen sein.

Die SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung hatte sich für die Haushaltsberatungen vorgenommen, wenigstens drei Kinderspielplätze verwirklichen zu sollen, die besonders dringend erscheinen. Dazu gehören die geplanten Anlagen im Ortskern an der Hanes-Ketteler-Straße und an der Leibnizstraße, sowie der Bolzplatz für die Kinder im Bereich Lange Straße.

In der Vergangenheit mußten sich die Anlieger an den Kosten solcher Spielplätze beteiligen. Dies glaubten CDU und FDP

ihrer Wählerschaft nicht zumuten zu können, weshalb sie den Baubeginn der Anlagen immer wieder gern verschoben.

Die Bonner Wenderegierung hat inzwischen das Bundesbaugesetz auch in diesem Passus geändert. Fortan müssen sich die Anlieger nicht mehr an den Kosten öffentlicher Spielplätze beteiligen. Folgte man der bisherigen Logik der Mehrheitsfraktionen CDU und FDP, so müßte nun der Bau der einen oder anderen Anlage möglich sein!?!?

Weit gefehlt! Nun sind es angeblich die städtischen Gelder, die den Bau nicht zulassen!

Unter welchen Bedingungen, so müssen sich CDU und FDP ernsthaft fragen lassen, wollen sie überhaupt noch Spielplätze bauen?

Kinder haben in unserer Gesellschaft keine Lobby. Müssen deshalb ihre und ihrer Eltern Interessen immer an letzter Stelle stehen? Wolfgang Krause

SPD war beharrlich:

3. Gruppe kommt

Im Sommer dieses Jahres hatte die Verwaltung einen Bericht über die Versorgung mit Kindergartenplätzen in Hilstrup vorgelegt. Nach diesem Bericht konnte zwar die Versorgung mit Kindergartenplätzen im gesamten Stadtbezirk noch als gerade ausreichend angesehen werden, da den Wartelisten für einige Kindergärten freie Plätze an anderen Einrichtungen gegenüberstanden.

An der überaus langen Warteliste für den städtischen Kindergarten Hilstrup-West ließ sich nicht vorbeireden. Die Entwicklung dort entspricht dem starken Bevölkerungszuwachs dort, ein Trend, der wegen der wiederauflebenden Bautätigkeit dort in den nächsten Jahren anhalten wird.

Da vor allem mit dem Zuzug junger Familien mit Kindern zu rechnen ist, entschloß sich die SPD-Fraktion, schon jetzt die Einrichtung einer weiteren Gruppe im Kindergarten Hilstrup-West zu beantragen.

Das Beharren auf diesem Antrag, dem wegen der ansonsten ausreichenden Versorgung mit Kindergartenplätzen von der Verwaltung zunächst keine Chancen eingeräumt worden war, hat nun doch zum Erfolg geführt. Die Verwaltung mußte nämlich zugeben, daß seinerzeit beim Bau des Kindergartens Hilstrup-West 80.000 DM übrig geblieben waren. Mit diesem Geld soll nun im nächsten Jahr die Einrichtung der dritten Gruppe ermöglicht werden. Wolfgang Krause

ERFOLGREICHER

EINSPRUCH

Wir danken allen Bürgern und Bürgerinnen für ihr engagiertes Eintreten in Sachen Bebauungsplan 295, Berg Fidel - Hammer Straße / Hohe Geest / Vennheideweg / Bieleesch.

Die Fülle der Eingaben, Bedenken und Anregungen macht deutlich, daß sich das wahrgenommene Mitspracherecht der Bürger und Bürgerinnen lohnt. Wir wissen zwar noch nicht, zu welchem konkreten Ergebnis die Offenlegung führt. Eines ist aber sicher: die vorgelegte Planung kann so nicht durchgeführt werden.

Dies ist Ihr eigenes persönliches Engagement zu verdanken.

Die Mehrheitsfraktion hat keine Schwierigkeiten, die Änderungsvorschläge der SpD niederzustimmen. Wenn allerdings

massive Einsprüche von Bürgern und Bürgerinnen (gleich Wählerstimmen) kommen, sind auch CDU und FDP zu einigem Nachdenken bereit.

Dazu Herr Nolte, CDU-Fraktionsvorsitzender in der BV-Hilstrup in der MZ vom 8. 10. 87: Daß der Bebauungsplan Nr. 295 in der "jüngst offengelegten Form" nicht zu verabschieden ist, will ich gerne bekennen. "Hier ist ein Denkprozeß in Gang gekommen. Änderungen sind nicht auszuschließen."

Warten wir also ab, zu welchem Ergebnis der Denkprozeß führt.

Und lassen Sie, liebe Bürger und Bürgerinnen, sich auch in Zukunft durch vorgelegte Planungen nicht in Ihren Ansichten irritieren. Henni Hohage



SPD inspizierte WESTFALENSTRASSE

"Wer mit dem Auto von Süden über die Kanalbrücke auf der Westfalenstraße nach Hiltrup hineinfährt, gewinnt den Eindruck, den jede dieser breiten Einfallsschneisen in eine größere Stadt vermittelt: viel Verkehr, große Kreuzungen, zahlreiche, auf den Verkehr zugeschnittene Gewerbebetriebe (Tankstellen, Reparaturwerkstätten, Kfz-Handel). Der Autofahrer fährt durch eine Straße mit vielfältigen Nutzungen wie Stadthalle, Einzelhandel, Krankenhaus, Gastwirtschaften und zahlreichen Wohngebäuden", so leitete die Hiltruper SPD-Ratsfrau Henni Hohage einen kritischen Gang entlang der Westfalenstraße ein, den die SPD-Hiltrup im November unternahm.

Unter Anleitung von Bezirksvertreter Wolfgang Krause und von Henni Hohage wurden eine Reihe von - zunächst oft überraschenden Gedanken - zur Diskussion gestellt.

Die Verbesserung des Straßenbildes läßt sich in viele interessante Aspekte auflösen, wenn sie unter dem Gesichtspunkt der Wohnqualität für die zahlreichen Anlieger, unter dem Gesichtspunkt

gestellt. Zumindest sind teilweise einzelne Pflanzen in das Pflaster eingesetzt.

Im Gegensatz zu diesen Bemühungen stehen Grundstücke, wo offensichtlich erst vor wenigen Jahren mögliche Pflanzstreifen von über 1 m Breite mit Gehwegpflaster bedeckt wurden. Karge Plattierungen und kahle Fassaden erwecken den Eindruck von Breite, von Kälte und von Langeweile.

- Neu gebaute Einfriedigungen, die sich auch anders vorstellen ließen,
- graue Häuserfassaden, bei denen Fassadenpflanzen keinerlei Einschränkungen darstellten,
- ungepflegte oder völlig zugeteerte Parkflächen, die auch anders genutzt oder bepflanzt werden könnten,

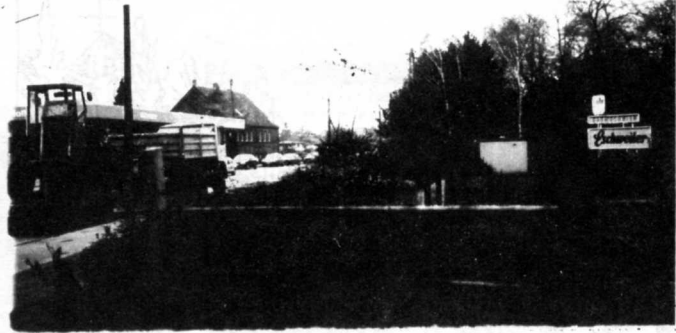
tragen dazu bei, daß die Straße an vielen Stellen einen unwirtlichen Eindruck macht.

Besonders bei einigen Gewerbebetrieben scheint es ohne größeren Aufwand

fen, ob nicht mit Rücksicht auf die gesamte Wirkung der Westfalenstraße eine großzügige Grünanlage bis in den Straßenraum hineingeschoben werden kann, wobei Fuß- und Radweg in die Nähe des Schwimmbades und der Halle verlegt werden können.

Eine bekannte Hiltruper Firma für Rolläden und Bedachungen hat Umweltbewußtsein gezeigt durch die Anpflanzung von Fassadenpflanzen an der der Straße abgewandten Seite. Andererseits hat sie hier - wie viele andere Betriebe und Wohnhäuser auch - die Pflasterung entlang der Straße unmittelbar bis an das Gebäude herangezogen.

Die Baumschule Eschweiler markiert einen grünen Pol in der Westfalenstraße. Das Unternehmen sollte überlegen, ob nicht die Grünflächen an der östlichen Seite der Westfalenstraße zwischen dem Krankenhaus und dem Rolandweg durch eine intensive hochstämmige Bepflanzung optisch so gestaltet werden kann, wie die Baumschule selbst Bepflanzungen vorschlägt. Insbesondere der - möglicherweise notwendige Zaun - stellt alles andere als ein stadtgestalterisches Signal dar.



der Stadtgestaltung und unter dem Gesichtspunkt der Verwirklichung von möglichst vielen Maßnahmen des Umweltschutzes gesehen wird.

Wird die Straße Haus für Haus, Grundstück für Grundstück untersucht, so läßt sich leicht zeigen, daß in gleicher Situation die verschiedenen Grundstückseigentümer ganz und gar unterschiedliche Maßnahmen getroffen haben. Eine große Anzahl von Bürgern, deren Häuser unmittelbar an den Gehweg grenzen, haben gleichwohl eine Begrünung vor ihrem Haus angelegt.

Selbst schmalste Pflanzstreifen von nur 50cm Breite sind zu finden. Dort, wo nicht gewagt wurde, den Gehweg anzutasten, sind sehr häufig Pflanzkübel auf-

möglich zu sein, hier durch geschicktere Bepflanzung und einige Ideen einen erheblichen Beitrag zur Verbesserung des Stadtbildes zu leisten. So könnte z.B. die Spedition am Ortseingang die dürftige Pappelbepflanzung und die an dem vorgelagerten Parkplatz fehlende Bepflanzung sehr leicht durch einen dichten Pflanzstreifen von etwa 2 m Breite ersetzen, der einen äußerst guten optischen Eindruck hinterließe, für das Unternehmen nur werbewirksam sein könnte, und das gesamte Straßenbild verbessern würde.

Die Fortsetzung der Baum- und der baumhohen Strauch-Bepflanzung im Bereich des Alten Klosters ließe sich vor der Sporthalle und dem Schwimmbad durchaus denken. Hier soll die Stadt einmal prü-

Der gegenüberliegende KFZ-Handel verfügt über so große Flächen, daß es durchaus sinnvoll erscheint, hier z.B. innerhalb des unmittelbar an der Straße gelegenen nichtüberdachten Ausstellungsbereiches zwei hochstämmige Bäume zu pflanzen. Hierdurch dürften insgesamt höchstens ein Stellplatz jeweils verlorengehen.

Die Stadt Münster bzw. der Träger der Straßenbaulast wird aufgefordert, über eine punktuelle Begrünung im Straßenraum Westfalenstraße nachzudenken. Bäume befinden sich im wesentlichen nur in der Nähe des Kreuzungsbereiches Marktallee / Amelsbürener Straße. Es wird sicher möglich sein, innerhalb des sehr breit angelegten Gehweges und der Parkstreifen weitere Standorte ausfindig zu machen.

Christian Jung

Amelsbürener Straße:

RÜCKBAU TUT NOT!

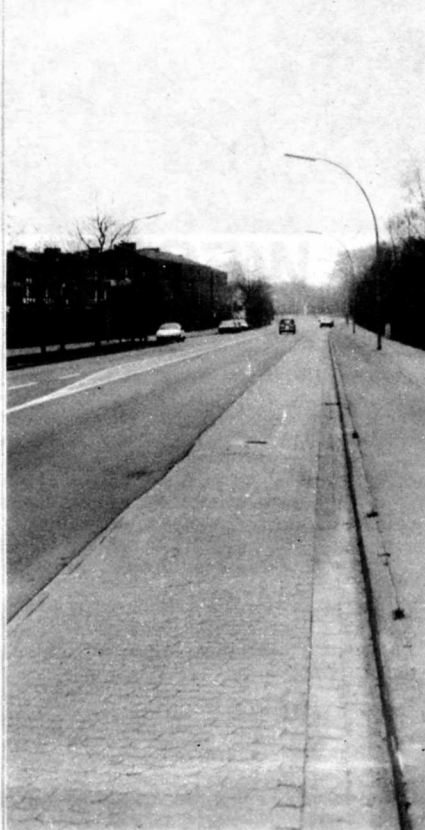
Nicht alles, was die Verkehrsplanung der 60er und 70er Jahre den Städten angetan hat, findet heute noch ungeteilte Zustimmung. Dazu gehört beispielsweise auch die großzügige Form, in der die Amelsbürener Straße seinerzeit ausgebaut wurde. Über die Folgen wissen die Anwohner einiges zu berichten. Hohe Fahrgeschwindigkeiten und damit verbunden starker Verkehrslärm sind an der Tagesordnung. Für ältere Menschen und für Kinder ist das Überqueren der Fahrbahn teilweise mit erheblichen Risiken verbunden.

Es ist noch nicht lange her, daß die zulässige Fahrgeschwindigkeit in der Ortsdurchfahrt auch der Amelsbürener Straße 70km/h betragen hat. Für solche Geschwindigkeiten ist auch der Ausbau der Straße ausgelegt.

Erst mit zunehmender Besiedlung in Hilstrup-West wurde auf Drängen der Hiltruper SPD die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf 50 km/h herabgesetzt. Leider zeigt sich auch hier, daß es mit dem Auswechseln der Schilder allein nicht getan ist.

Für die Anlieger könnte der Bau der südlichen Umgehung Hiltrups (die Hansestraße) eine erhebliche Entlastung bringen, weil die Stadt Münster dann den Durchgangsverkehr von der Amelsbürener Straße auf die Hansestraße leiten müßte. Doch bis dahin wird leider einige Zeit vergehen (s.S. 6).

Solange soll aber nach Ansicht der SPD-vorher

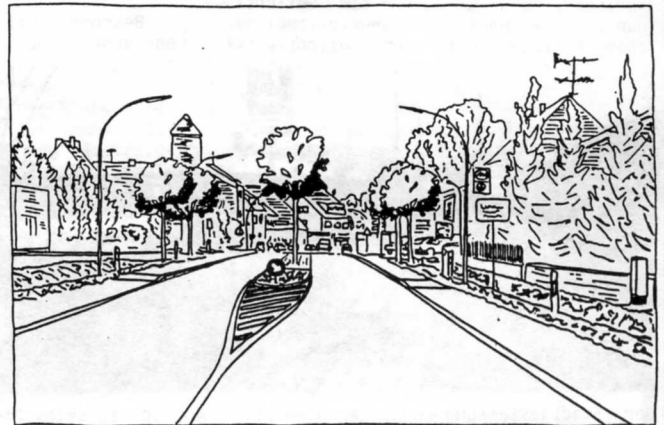
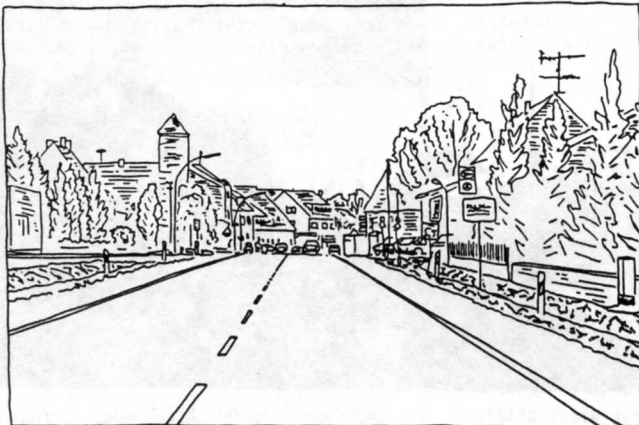


nachher

Fraktion in der Bezirksvertretung nicht gewartet werden. Schon heute kann einiges getan werden, meint sie, damit die Verkehrsgeschwindigkeit tatsächlich reduziert wird und damit den Fußgängern das Überqueren erleichtert wird. Dem Kraftfahrer, der durch den Fahrkomfort moderner Fahrzeuge ohnehin zunehmend das Gefühl für die eigene Geschwindigkeit verliert, muß der Geschwindigkeitseindruck mittels optischer Eindrücke beim Durchfahren einer Straße zurückgegeben werden. Ein "langweiliger", gerader Streckenverlauf sollte also vermieden bzw. abgebaut werden. Bei dem konkreten Beispiel könnte dies zum Beispiel so geschehen, daß man auf den ohnehin nicht in der vorhanden Größe benötigten Parkstreifen in gewissen Abständen genügend große Bäume anpflanzt. Wenn man dies gegenüberliegend auf beiden Straßenseiten vornimmt, lassen sich durch die entstehenden "Baumtore" geschwindigkeitsreduzierende Effekte erzielen.

Zusätzlich sollten die derzeit vorhandenen Verkehrssperflächen sowie Teile der Abbiegespuren in begrünte Pflanzinseln umgewandelt werden. Dabei könnten auch gleichzeitig einige Überwege für Fußgänger angelegt werden.

Die Sozialdemokraten haben einen entsprechenden Antrag in der Bezirksvertretung gestellt, der der Stadtverwaltung derzeit zur Stellungnahme vorliegt. Anfang 1988 wird die Bezirksvertretung vermutlich über diesen Antrag beschließen. Wolfgang Krause



Für ein schöneres HILTRUP

Die SPD-Fraktion der Bezirksvertretung regt an, für ein schöneres Hiltruper Stadtbild Ideen zu sammeln, die sich durch privates Engagement oder Hilfe der Stadt verwirklichen lassen. Gedacht ist hierbei z.B. an vermehrte Begrünung von unattraktiven Fassaden - ein neuer Anstrich oder bunte Fresken wären auch denkbar.

Wir sind überzeugt, daß die Bürger unseres Stadtteils gerne bereit sind, Anregungen zu äußern oder aufzugreifen.

Randbemerkung von Christiane Eckardt.

Überlegungen werden angestellt:

- zur Umgestaltung der öffentlichen Parkplätze,
- bessere Gestaltung von Standorten der Abfallcontainer und Mülltonnenstellplätze,
- die kritische Durchsicht des Straßenraumes von

Hülsebrockstraße,
Marktallee,
Amelsbürener Straße,
Westfalenstraße und
Meesenstiege.

NEUE IDEEN AUS DER VERWALTUNG?

Der Planungsausschuß der Stadt Münster hat sich jetzt mit Überlegungen des Stadtplanungsamtes zur Gestaltung der Marktallee und des Bahnhofviertels beschäftigt.

Lobenswert ist vor allem aus Hiltruper Sicht, daß jetzt allmählich die vielen Anregungen aus Hiltrup aufgegriffen werden und die Stadtverwaltung Taten folgen lassen will.

Leider ist das Nachdenken bei den städtischen Planern noch nicht sehr weit gekommen. Erst einmal wurde das mitgeteilt, was in Hiltrup immer wieder gesagt wurde: Planungen im Bahnhofsviertel sind wegen der ungünstigen Lage und der nicht befriedigenden Eigentumssituation außerordentlich schwierig.

Da war die SPD in Hiltrup mit einer Reihe von Überlegungen, die auch den Bürgern vorgestellt wurden, einige Schritte weiter. Es gab ja auch andere (wie z.B. den Christdemokratischen Nachwuchs), die in die gleiche Richtung dachten.

Jetzt will das Planungsamt erst einmal einen Rahmenplan entwickeln - für Marktallee und Bahnhof. Darauf dürfen wir Hiltruper denn wohl gespannt sein!

Christian Jung



Nach einem Gespräch mit Herrn Krüssel, Bezirksvorsteher (und Mitglied der CDU-Fraktion), schrieb Frau Monika Nessau uns folgenden Leserbrief mit ihrer Forderung:

LESERBRIEF

2. AMPEL UNBEDINGT NÖTIG

Als Anwohnerin des Hölderlinweges in Hiltrup-West mit einem achteinhalfjährigen Kind drückt mich in zunehmendem Maße folgendes Problem: Wie kann das Kind mit dem Fahrrad unter Beachtung der Verkehrsregeln und einigermaßen sicher nach Hiltrup-Mitte gelangen, z.B. zur Bäckerei, zur Turnhalle oder zum Schwimmbad?

Da wir nahe beim Thomas-Mann-Weg wohnen, besteht zur Zeit nur der Umweg über die Fußgängerampel am Caldeloer Weg. Doch selbst eindringliche elterliche Ermahnungen fruchten da nichts: das Kind fährt verständlicherweise mit seinen Freunden, und die fahren den Fahrradweg der Amelsbürener Straße auf der linken Seite bis zur großen Ampelkreuzung an der Westfalenstraße, wo dann ein Wechsel auf die rechte Seite problemlos möglich ist.

Wie gefährdet und gefährdend Radfahrer auf der falschen Straßenseite sind, habe ich selbst schon des öfteren beobachten können, z. B. an der Einmündung des Nimrodwegs in die Amelsbürener Straße: Horren von jugendlichen Radfahrern, die im

Bereich von Lange Straße, Malteserstraße und Templerweg wohnen, benutzen nach Schulschluß, vom Schulzentrum kommend, den linken Radweg, um nach Hause zu kommen, wohl wissend, daß die Überquerung der Amelsbürener Straße in Höhe der Einmündung der Lange Straße ein lebensgefährliches Unterfangen wäre.

Der langen Rede kurzer Sinn:

Die Anbringung einer Fußgängerampel im Bereich der Einmündung der Lange Straße in die Amelsbürener Straße würde alle oben beschriebenen Probleme lösen. Die dadurch gegebene Unterbrechung würde außerdem verhindern, die Amelsbürener Straße als Schnellstraße anzusehen, denn auch dem erwachsenen Fußgänger gelingt eine Überquerung zu Stoßzeiten nur schwer. Ältere Menschen, die z.B. zur Bushaltestelle wollen, sind da sicher überfordert.

Es muß doch nicht immer erst etwas "passieren", bevor etwas passiert!

Monika Nessau

Anmerkung der Redaktion:

Auf Nachfrage bei Frau Nessau erfuhren wir, daß Herr Krüssel bislang keine Aussicht für die Einrichtung der Ampel sieht, solange dort nichts "passiert" sei, so sehr er dies persönlich auch bedauere.

Wir Sozialdemokraten von "HILTRUP heute + morgen" halten Menschenopfer für den Verkehrsmoloch nicht mehr für zeitgemäß. Wir erinnern an jahrelang verschleppte Sicherungsmaßnahmen im Bereich der Lange Straße, die bei der CDU-Mehrheitsfraktion in der BV erst Zustimmung fanden, nachdem es einen schweren Unfall mit einem Kind gegeben hatte.

Sind Sie oder Ihre Kinder betroffen?
Fühlen Sie sich betroffen? Wenden Sie sich an uns!

Wir werden immer ein offenes Ohr für die Anliegen der Bürger haben, vor allem, wenn sie "beim Amte" unge-rechtfertigterweise abgewimmelt werden! Die Verwaltung und die Politik muß dem Bürger dienen!

Jürgen Schraeder

Gefahrgut-Transporte:

Herborn ist überall

Am Abend des 7. Juli raste ein mit 32 000 Litern Benzin beladener Laster in die Eisdiele des hessischen Herborn. Die Folgen des flammenden Infernos: Vier junge Frauen wurden getötet, 36 Menschen teils schwer verletzt, heruntergebrannte Häuser, millionenschwere Sachschäden. „Ein untypischer Einzelfall“, versuchte der Sprecher des Bundesverbandes des Deutschen Güterfernverkehrs (BDF), Norbert Behrens, die Katastrophe herunterzuspielen. Doch

davon kann keine Rede sein. Die Zahl der Unfälle von Lastwagen mit gefährlicher Fracht nimmt zu. Nicht immer sind die Folgen so dramatisch wie in Herborn. Aber: „Das gleiche“, so Frankfurts Feuerwehrchef und Gefahrgut-Experte, Norbert Achilles, „kann sich jeden Tag auch in Frankfurt wiederholen.“ Und nicht nur dort: Herborn ist überall.

Nur keine voreiligen politischen Entscheidungen warnte der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP, Otto Graf Lambsdorff, unmittelbar nach Herborn. Anders die SPD, die sich für Sofortmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung stark machte; zum Beispiel: durch Sperrung von Wohngebieten und unfallträchtigen Straßenabschnitten für Gefahrgut-Transporte. Denn von Übereile konnte schon längst keine Rede mehr sein; schon lange wird angesichts wachsender Unfallhäufigkeiten der Ruf nach einer neuen Verkehrspolitik laut.

Allein innerhalb der 24 Stunden vom 7. zum 8. Juli war der Herborner Unfall nur einer von drei solcher Horror-Ereignissen. Im Schwarzwald-Ort Schonach war ein Tanklastzug vor eine Mauer geknallt, zwei Häuser brannten nieder, ansonsten ging der Unfall im Vergleich zu Herborn noch glimpflich aus. Die Anwohner konnten sich noch retten, der Fahrer allerdings nur verletzt geborgen werden. Auf dem Frankenschneidweg wird am darauffolgenden Tag in der Nähe von Nürnberg ein schwerer Unfall nur deshalb nicht zur Katastrophe, weil der Tankwagen, der einen Pkw überrollt, den Fahrer tötet und eine Massenkarambolage verursacht, nicht beladen ist.

So oder ähnlich geht es inzwischen nahezu täglich auf unseren Straßen zu. Mal ist es Heizöl, mal Benzin, mal sind es Laugen oder Säuren, zuweilen auch explosive oder radioaktive Stoffe, die von den Trucks über unsere Straßen kutschiert werden. Das wenigste, was nach Unfällen mit dieser Art von Fracht passiert, sind nachhaltige, teils irreparable Schädigungen der Umwelt. Rund 230 Millionen Tonnen solch gefährlicher Fracht rollen pro Jahr über die Straßen der Republik. Ein angesichts wachsender Verkehrsdichte und zunehmender Raserei immer größer werdendes Risikopotential.

Kommt es zu Unfällen, dann heißt nach Auskunft der Experten die Ursache meistens: überhöhte Geschwindigkeit oder zu dichtes Auffahren. Und das sind Unfallursachen, die — so der zuständige Gefahrgut-Experte der Bundesbahn, Horst Stadler, — auf den Gleisen nunmal nicht vorkommen. Kein Wunder, daß die Bahn die sichere Alternative wäre, jedenfalls im Fernverkehr. Tankstellen und Heizölhändler direkt zu beliefern, ist angesichts fehlender Direktverbindungen nicht drin.

Dennoch, so sieht es auch die SPD-Fraktion im Bundestag, liegt in der Verlegung auf die Bahn die oberste Priorität. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode hatte sie einen Katalog mit Sicherheitsmaßnahmen eingebracht, die dort greifen, wo der Transport auf der Straße unumgänglich ist. Im einzelnen wird darin für eine verbesserte Sicherheit im Gefahrgut-Transport vorgesehen:

- Für den Transport gefährlicher Güter muß vorrangig die sichere Bahn genutzt werden. Wo dies dennoch auf der Straße erfolgen muß, sind Durchfahrtsverbote für Städte und Dörfer einzurichten.
- Transportbehälter müssen so beschaffen sein, daß sie Unfälle unbeschadet überstehen.
- Die Ausbildung der Fahrer muß verbessert werden, so daß sie den besonderen Anforderungen für solche Transporte genügt.
- Lastwagen, die Gefahrgut transportieren, müssen über die technisch besten Bremsanlagen, wie etwa Antiblockiersystem, verbindlich verfügen.
- Abwicklung und Überwachung müssen entscheidend verbessert werden, insbesondere müssen direkte Betriebsprüfungen bei den Speditionen vorgenommen werden.

Nur mit einem solchen umfassenden Sicherheitskonzept können nach Ansicht der SPD Gefahren, wie sie in Herborn und anderswo deutlich wurden, auf ein Minimum verringert werden. Darüber hinaus aber fordert sie eine Überprüfung der vorgesehenen Liberalisierung des Verkehrsmarktes auf EG-Ebene. Schon jetzt nämlich sorgt eine mörderische Konkurrenz im Transportgewerbe dafür, daß die hierzulande gültigen Standards nicht eingehalten werden. Gesetzliche Vorschriften bleiben unter dem Akkord-Druck, dem viele „Brummi“-Fahrer ausgesetzt sind, auf der Strecke. Wenn sie sich daran halten, weiß ein Experte der Transportarbeiter-Gewerkschaft ÖTV, handeln sie sich „massiven Ärger“ ein.

Polizeikontrollen bestätigen dieses Bild: Bei einer landesweiten Überprüfung, die erst kürzlich durch die Polizei Nordrhein-Westfalens an 7000 Lastern vorgenommen wurde, mußte sie 2706 Strafzettel, 117 Strafanzeigen und 1358 Ordnungswidrigkeits-Anzeigen ausschreiben. In rund 700 Fällen waren die Sozialvorschriften nicht eingehalten worden, vor allem Verstöße gegen die Lenkzeiten wurden registriert. Knapp 2300 Fernfahrer hatten die vorgeschriebene Geschwindigkeit überschritten. Eine Umfrage der ÖTV verdeutlicht die Folgen dieses Zustandes: Jeder zweite Fahrer ist bereits irgendwann einmal bei der Fahrt am Steuer eingeschlafen, jeder vierte hat aus diesem Grund schon mal einen Unfall gebaut.

Angesichts dieser Realitäten, so der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Bundestag, Gerhard Jahn, „muß die Bundesregierung rasch handeln und die Sicherheit für Mensch und Umwelt deutlich verbessern“. Denn: Herborn kann sich schon bald an der nächsten Ecke wieder ereignen.

ZUR SACHE:

Hansestrasse

Wer erinnert sich nicht an die vollmundigen Versprechen der örtlichen CDU betreffs des Ausbaues der Hansestraße nach dem folgenschweren Tanklastzug von Herborn?

Auch den Christdemokraten war der Schrecken gewaltig in die Glieder gefahren! Angesichts täglicher Chemietransporte über die Marktallee wurde die Möglichkeit der Wiederholung eines solchen Unglücksfalles plötzlich mehr als nur eine Vision ewiger Schwarzmalerei. Die Hansestraße sollte fortan allerhöchste Priorität besitzen und der Bau möglichst schon 1988 begonnen werden.

Die SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung rechnete daher mit breiter Zustimmung für ihren Antrag, die Finanzierung des Straßenbaus in zwei Raten in den Jahren 1988 und 1989 sicherzustellen. Kaum ein Vierteljahr später zeigte sich jedoch, daß alle Beteuerungen der Mehrheitsfraktion nichts anderes als eine Variation des zunehmend um sich greifenden Sommertheaters waren.

In den Haushaltsberatungen der Bezirksvertretung setzten CDU und FDP mit ihrer Mehrheit durch, daß die Finanzierung des Straßenbaus in jährlichen Raten von 2 Millionen DM erfolgen soll. Das läßt eine Fertigstellung erst mit Ablauf des Jahres 1992 erwarten. Über fünf weitere Jahre also gefährlichste Transporte auf der Marktallee, der Haupteinkaufsstraße unserer Gemeinde!!!

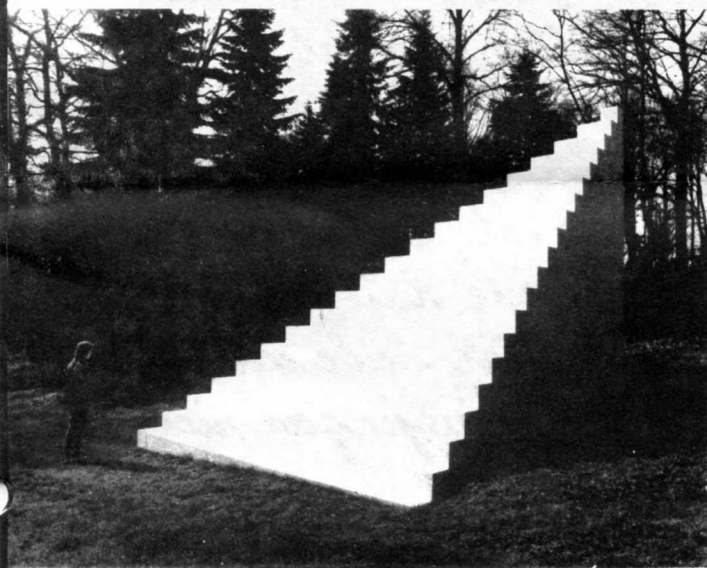
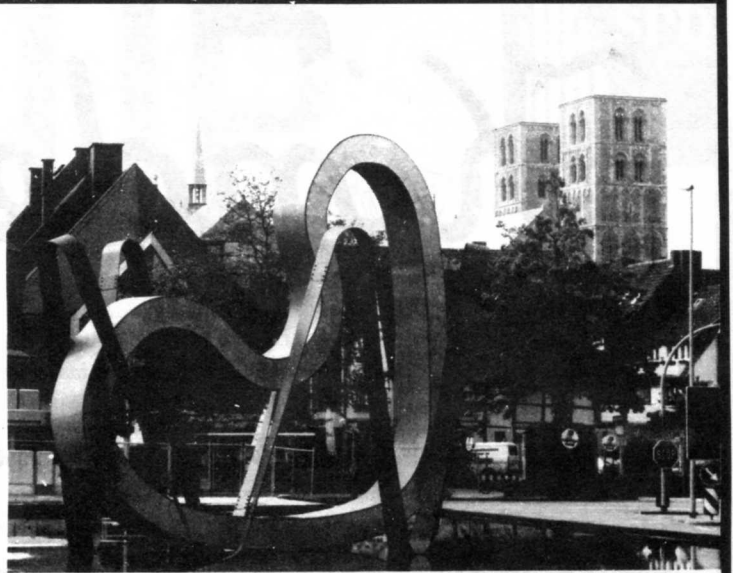
Das eigene schlechte Gewissen des Rates an den Interessen der vom Durchgangsverkehr geplagten Bürger an der Marktallee versuchten die Christdemokraten damit zu beruhigen, daß die angeblich zerrütteten Finanzen des Landes die Gewährung der für den Bau erforderlichen Zuschüsse nicht früher erwarten ließen.

Diesem Scheinargument steht jedoch die Erklärung des zuständigen Landesministers Zöpel gegenüber, daß er den Bau dieser Umgehungsstraße für dringlich hält und sogar noch in diesem Jahr bezuschussen will, wenn ein bearbeitungsfa-

higer Antrag der Stadt Münster vorgelegt wird. Damit — so scheint es — hat die CDU-kontrollierte Stadtverwaltung jedoch keine Eile. Wie aus zuverlässiger Quelle bekannt wurde, sind die für den Zuschußantrag erforderlichen Planungsunterlagen erst in diesen Tagen fertiggestellt und nach Düsseldorf übersandt worden.

Daher ist zu befürchten, daß andere Städte, die nicht bis zum Schluß des Haushaltsjahres gewartet haben, der Stadt Münster auch diesmal zuvorkommen werden und der Bau der Hansestraße abermals auf der langen Bank landet.

In diesen Tagen ist es genau 13 Jahre her, seit die ehemals selbständige Gemeinde Hilstrup den Bebauungsplan für die Hansestraße aufgestellt hat. Daß bis heute noch keine Realisierung erfolgt ist, läßt sich kaum noch mit widrigen Umständen oder gewöhnlicher Schlamperie einer Behörde erklären. Es fehlt vor allem am Willen der Politiker von CDU und FDP im Rat der Stadt, diese Maßnahme nun endlich durchzuführen. Wolfgang Krause



SKULPTUR PROJEKTE IN MÜNSTER

Das war schon ganz ordentlich: junge Leute noch spät abends unterwegs, Menschen, die kein Wort deutsch sprechen, aus den Niederlanden, aus Frankreich, Dänemark, Belgien, den USA - bis in die Dunkelheit hinein liefen sie (wenn es nicht gerade regnete) durch Münster, alle auf der Suche.

In den Händen hielten sie Stadtpläne und den Führer der "Skulptur Projekte in Münster 1987". Selbst münstersche Bürger, von denen oft gesagt wird, sie hätten ihre Stadt in ihrer Seele, aber

nicht vor ihren Augen, bemerkten die eine oder andere Veränderung. Leserbriefe in den Zeitungen waren die Folge. Was interessierte am meisten?

Natürlich die Frage, was aus Ochs und Bauer - oder ist es Ochs und Kuh, oder etwa Ochs und Pferd, oder "ein Ochs wie ich und Du" - werden soll. Ernsthaft: Daß die Wiederaufstellung auf dem Ludgeri-platz viele hunderttausend Mark kosten soll, kann einem traditionsbewußten Bürger dieser Stadt schon die Hutmütze verbiegen!

Was stand im Mittelpunkt für Kunstinteressierte? Die "White Pyramid" von dem Amerikaner Sol LeWitt, die Kirschen von Thomas Schütte, das gegenläufige Konzert von Rebecca Horn im Zwinger an der Promenade oder aber - allzu auffällig und deshalb immer wieder im Gespräch, 24 Tonnen Stahl, genannt "Trunk", von Richard Serra vor dem Erbrostenhof in der Salzstraße aufgestellt.

Ich selbst kann mich kurz fassen: Diese "Skulptur Projekte" haben mich begeistert. Was kann interessanter sein als künstlerische Darstellung, Auseinandersetzung und Diskussion?

In überregionalen Zeitungen war zu lesen, daß die Organisatoren - Das Landesmuseum des Landschaftsverbandes - mit einem großen Satz über den recht langen Schatten der Kasseler Documenta gesprungen sind.

Das ist doch allerhand! Christian Jung

Kinderseite

Hallo Kinder!

Ich bin eine Weihnachtspostkarte.



Gestern hat die Lisa mich gekauft. Mit mir will sie ihrer Oma ein frohes Weihnachtsfest wünschen.

Ich soll unter dem Weihnachtsbaum liegen, hat Lisa zu ihrer Mutter gesagt.

Ich bin ja schon so aufgeregt! Lisa's Oma wohnt 300 km von hier entfernt! Stellt Euch vor,

was für eine weite Reise ich noch machen muß! Ehrlich gesagt habe ich sogar etwas Angst vor dieser Reise. Ich weiß ja gar nicht, was da alles mit mir passieren wird.

Wißt Ihr das vielleicht? Wenn ja, fände ich es toll, wenn Ihr es mir noch vor Weihnachten schreiben könntet:

„Aktion Weihnachtspostkarte“

Ligrid Liebe-Lohmann

Loddeneweg 11

4400 Münster

Ach ja, vergesst Euren Absender nicht! Vielleicht kommt dann einer meiner Brüder oder Schwestern zu Euch!

Ischüß

Eure Weihnachtspostkarte